



Gute Presse

Die Freiheit der Presse ist eine große demokratische Errungenschaft, deren Wert viele Deutsche, aber längst nicht alle zu schätzen wissen. Noch können Journalisten in Deutschland unbehelligt recherchieren, analysieren, berichten und Fehlverhalten aufdecken. Aber unabhängiger Journalismus gefällt nicht allen. Die Arbeit von engagierten Reportern kann dazu führen, dass Politiker stürzen; sie können auch andere Mächte und deren Handlungen ins Licht setzen, die lieber im Dunkeln bleiben. Deshalb sind Reporter immer wieder Ziel von Einschüchterungsversuchen, sie werden angegriffen, inhaftiert und ermordet.

Guter Journalismus setzt unabhängige Reporter voraus, aber auch verantwortungsbewusste, die möglichst frei von Eitelkeit und Gefallsucht sind und es sich verkneifen können, Fakten zugunsten der eigenen Gesinnung zu beugen.

Guter Journalismus muss alle Seiten einer Medaille darstellen, verschiedene Stimmen hören



GESCHICHTE WIRD GEMACHT

Deutsche und Russen, das ist Krieg und Frieden, Faszination und Fremdheit, intellektueller Glanz und engstirnige Mutlosigkeit, bedeutungsschwere Vergangenheit – und auch Zukunft?

Peter Koepf, Chefredakteur



und gelten lassen und die Wirklichkeit aus allen Blickwinkeln betrachten; es gibt nie die eine Wahrheit.

Richtig verstandener Journalismus steht auf der Seite der Menschen, nicht der Macht.

Es ist nicht Aufgabe der Medien, die Scheinwerfer auf die Mächtigen, Einflussreichen zu werfen, damit diese glänzen. In einer Demokratie verstehen sich die Medienmacher nicht als Hofberichterstatler, sondern als Kontrollinstanz. Und so versteht es auch das Publikum. Deshalb muss eine Zeitung, die glaubwürdig sein will, sich gegen unlautere Einflussnahme der Mächtigen behaupten und schützen.

In Deutschland sind Zeitungen weder Eigentum des Staats noch Teil von Wirtschaftsimperien. Wem eine Zeitung gehört, weist das Impressum aus. Verleger, Herausgeber und Redaktion dieser ungewöhnlichen deutsch-russischen Zeitung stehen für guten Journalismus – für Wahrheit, Überparteilichkeit, Unabhängigkeit.

Wer den Dialog predigt, muss auch Stimmen Raum geben, die der eigenen Meinung entgegenstehen. In diesem Sinne findet sich in dieser Ausgabe eine Debatte über die Einschränkungen der russischen Sprache in der Ukraine, ein Bericht über die beispielhafte Solidaritätsaktion russischer Medien für bedrohte Kollegen, die Erörterung der Bedeutung des Falls Relotius aus russischer Sicht und eine eigenwillige Antwort auf die Frage, wer einer Wiedervereinigung Moldaus mit Transnistrien im Weg steht. Und in der nächsten Ausgabe könnte es Antworten darauf geben. So geht Dialog.

Dialog von Introvertierten

Politiker in Russland und in der EU werden einer Zivilgesellschaft neuen Typs Gehör schenken müssen

VON FJODOR LUKJANOW

Vor zehn Jahren, im Herbst 2009, hatte die Beziehung zwischen Russland und der Europäischen Union (EU) eine Perspektive. Präsident Dmitri Medwedew hatte gerade seinen Artikel „Russland, vorwärts!“ veröffentlicht. Er enthielt eine weitreichende Kritik am Zustand des Landes und den Aufruf zur Modernisierung und wurde allseits diskutiert. Ein Jahr nach dem Konflikt in Südossetien war es zu einer grundlegenden Entspannung der Lage gekommen, der amerikanische Begriff des Relaunchs – oder Neustarts – ließ auf eine neue Etappe der Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hoffen.

Die EU zeigte ebenfalls freudige Erwartung. Die Krise im Zusammenhang mit dem vier Jahre zurückliegenden Scheitern der Verfassung für Europa war überwunden, die Unterzeichnung einer abgespeckten Version in Gestalt des Lissabon-Vertrags wurde vorbereitet.

Kurz gesagt, der Himmel hellte sich auf.

Ich erwartete große Veränderungen und sagte damals in einem Seminar über die Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union in Berlin, es sei unmöglich, die Zukunft vorherzusagen. Es sei unklar, wie es um alle Akteure einschließlich der EU nach fünf Jahren stehen werde. Meine Zuhörer, hochrangige und kompetente Vertreter der politischen und intellektuellen Elite, begannen zu lachen und gaben zu verstehen, was sie meinten: Das ist bei euch in Russland so, dass nie etwas klar ist, in der EU dagegen lässt sich alles ziemlich exakt vorhersagen. In fünf Jahren, in zehn Jahren werde alles genau so sein, nur besser.

Einige Monate danach begann für die EU eine lange Zeit der Krisen: Auf die Schuldenkrise folgten die Migrationswelle, der Ukraine-Konflikt, das Referendum in Großbritannien und die rasante Erosion der politischen Kräftekonstellation in den führenden EU-Staaten bei gleichzeitigen unerwarteten Manövern des transatlantischen Schutzpatrons. Die schnelle Aufeinanderfolge der Ereignisse zeigte eindeutig, dass es sich nicht um ein zufälliges Versagen, sondern um ein systemisches Problem handelt.

Auch Russland hat seitdem seinen Ruf als Land der ständigen „kreativen Unruhe“ bestätigt. Die politischen Erwartungen der „Ära der Modernisierung“ wurden von einer anderen Wirklichkeit abgelöst, und die Ukraine-Krise wurde zu ihrem Katalysator, aber sie war nicht die Ursache. Der harte Konflikt mit dem Westen erwies sich als Kulminationspunkt seit langem reifender konzeptioneller Gegensätze, die schon mit dem Ende des Kalten Kriegs angelegt worden waren.

Gegenwärtig dominiert in den Beziehungen zwischen Russland und der EU die Wachsamkeit. Das ist zugleich schlecht und gut. Schlecht deshalb, weil das Vertrauen in der zurückliegenden Zeit stark erschüttert wurde, vor allem infolge der enttäuschten

Gegenwärtig dominiert in den Beziehungen zwischen Russland und der EU die Wachsamkeit

Erwartungen. Gut deshalb, weil eben diese unerfüllten Erwartungen zu einer spürbaren Ernüchterung geführt haben, und die Seiten nunmehr wesentlich besser verstehen, was möglich ist und was Fantasien sind.

Die vor 30 Jahren proklamierte Ära der Errichtung eines „gesamteuropäischen Hauses“ ist endgültig abgeschlossen, was jedoch nicht bedeutet, dass diese Baustelle jetzt dem Unkraut preisgegeben ist. Wie sich das Geschehen in der Welt auch entwickeln mag, das Wechselwirken im Rahmen des geografischen Europas wird und muss weitergehen.

Konnte man vor zehn Jahren die Veränderungen anhand von Empfindungen und Vorahnungen prognostizieren, so sind sie nunmehr durch sichtbare Prämissen determiniert. Die europäische Integration nach dem Modell der diesbezüglich erfolgreichen zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und des „Upgrades“ nach dem Kalten Krieg funktionierte nicht mehr.

Dafür gibt es viele Gründe, vor allem die tiefgreifenden Veränderungen des internationalen Kontexts. Über einen

weiteren Umstand wird zwar viel geredet, aber es gibt noch keine Antwort. Es geht um die Demokratie und den Entscheidungsprozess.

Es ist kein Geheimnis, dass die zu Beginn der 1950er-Jahre in Gang gesetzte europäische Integration kein wirklich demokratischer Prozess war. Das ist auch nicht verwunderlich. Es ist nicht vorstellbar, dass die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, also der Zusammenschluss der Aufsicht über strategische Industrien Frankreichs und Deutschlands, zustande gekommen wäre, wenn man diese Idee 1951, also sechs Jahre nach der blutigsten Auseinandersetzung in der Geschichte der Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten, in einem Referendum zur Abstimmung gestellt hätte.

Bis zum Ende des 20. Jahrhunderts blieb der Integrationsprozess eine höchst elitäre Angelegenheit, die Entscheidungen wurden von den politischen und wirtschaftlichen Spitzen auf der Grundlage kalkulierter Interessen und Expertenmeinungen getroffen. Die wichtigste Voraussetzung bestand jedoch darin, dass sie es stets vermochten, dem einfachen Europäer nahezubringen, dass diese oder jene Entscheidung für ihn persönlich vorteilhaft sei.

Im 21. Jahrhundert hat sich diese Situation verändert. Die zunehmend komplizierte Integration in einer gewachsenen EU machte es fast unmöglich, den Sinn der immer ausgeklügelteren rechtlichen und bürokratischen Festlegungen verständlich darzulegen, die für die Verwaltung und Entwicklung der EU notwendig waren. Der letzte verständliche Schritt war wohl die Einführung der einheitlichen Währung, des Euro.

Später ging es dann um völlig verworrene Themen. Den 800-seitigen Wortlaut der Europäischen Verfassung, eines komplizierten juristischen Dokuments, konnte fast niemand von jenen erfassen, die darüber abstimmen sollten. Das gilt auch für andere Angelegenheiten, sowohl praktischer als auch abstrakter, wertbezogener Natur, die nach Auffassung der politischen Klasse notwendig sind,

Falsche Liebe

Weshalb Ost- und Westdeutsche die Russlandpolitik so unterschiedlich beurteilen

VON STEFAN LOCKE

Die deutsche Einheit ist seit fast 30 Jahren Wirklichkeit, doch die innere Einheit lässt auf sich warten: Statistiken zu Bevölkerung, Demographie und Wirtschaft weisen große Unterschiede zwischen den Gebieten der einstigen Bundesrepublik und der DDR aus, die stets aufs Neue die Frage aufwerfen: Wie lange noch benötigt der Osten bis zur Angleichung an das Westniveau?

Damit ist klar, dass der Westen als Normalfall betrachtet wird, an den der Osten sich anpassen müsse, wozu er zumindest in den genannten Kategorien durchaus auch bereit ist. Komplizierter ist es jedoch mit der Anpassung von Ansichten und Erfahrungen, die nach der 40 Jahre währenden Teilung Deutschlands nicht nur in zwei Länder, sondern in zwei völlig verschiedene Gesellschaftssysteme, zwangsläufig unterschiedlich sein müssen.

Immer wieder für heftige Kontroversen sorgt dabei das Verhältnis der Deutschen zu Russland. Das war erst jüngst zu erleben, als Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer beim Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg für ein baldiges Ende der EU-Sanktionen gegen Russland plädierte und den russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Dresden einlud. Während der Vorstoß im Westen Deutschlands überwiegend skeptisch kommentiert wurde, war im Osten lautstarke Zustimmung zu hören.

Zuzustimmen ist Kretschmer auch in seiner nüchternen Feststellung, in Ostdeutschland gebe es eine eigene Meinung zu dem Thema. Das weiß er so genau, weil die deutsch-russischen Beziehungen bei nahezu jedem seiner Bürgergespräche angesprochen werden. Es sind vor allem ältere Menschen in Ostdeutschland, die auf die Russlandpolitik der Bundesregierung und des Westens mit Ablehnung und Unverständnis reagieren.

Das alles sieht jedoch einhelliger aus, als es ist. Tatsächlich haben viele Ostdeutsche ein ziemlich ambivalentes Verhältnis zu Russland – wie im Übrigen auch zu den USA. Die Älteren im Osten haben „die Russen“ als Befreier und Besatzer kennengelernt. Vierzig Jahre lang waren eine halbe Million Sowjetsoldaten auf dem Gebiet der DDR stationiert. Das eher kleine Ostdeutschland hatte

nicht nur die kompletten Reparationen für die Kriegsverheerungen (Gesamt-)Deutschlands in der Sowjetunion zu leisten – meist als Demontagen von Betrieben und Infrastruktur wie Bahngleisen –, sondern musste bis 1989 auch für Unterkunft, Verpflegung und Gehälter der Besatzungsarmee aufkommen.

Die SED-Führung war eine Marionette Moskaus und für die DDR-Bevölkerung die Mitgliedschaft in der Deutsch-Sowjetischen-Freundschaft (DSF) genauso obligatorisch wie der Russischunterricht in der Schule, den viele als lästige Pflicht empfanden. Begegnungen mit Sowjetsoldaten gab es fast nur im offiziellen Rahmen, private Kontakte waren meist verboten. Angesichts dieses Erlebens war es mit der Russland-Liebe zu DDR-Zeiten nicht weit her. Im Gegenteil: Als die Truppen 1994 auch aus Dresden abzogen, sprach der damalige Oberbürgermeister Herbert Wagner offiziell von einem Abschied, „der uns nicht mit Trauer erfüllt“.

Andererseits haben persönliche Begegnungen ein differenziertes Bild vermittelt, am intensivsten bei den Ostdeutschen, die in der Sowjetunion studieren durften oder eine der begehrten Reisen in das Riesenreich machen konnten. Wer jemals in Russland oder den einstigen Sowjetrepubliken unterwegs war, kann bestätigen, wie freundlich, wissbegierig und herzlich die Reisenden von den Menschen aufgenommen wurden.

Diese Erlebnisse dürften jenen der Westdeutschen ähneln, die in den USA zur Schule gingen, studierten oder Urlaub machten. Solche Erfahrungen prägen das Verhältnis zu einem Land und seinen Menschen, und sie sind gerade bei den älteren Deutschen in Ost und West zwangsläufig sehr verschieden.

Anders als im Westen, wo das Feindbild Russland jahrzehntelang so intensiv gepflegt wurde wie im Osten das der USA, ist die Angst vor „den Russen“ bei den Menschen im Osten nicht sonderlich ausgeprägt, während sich Amerikanern gegenüber bis heute eine gewisse Skepsis hält. Für Westdeutschland wiederum gilt der umgekehrte Befund.

Grundlage der gegenwärtigen Zuwendung zu Russland im Osten ist je dem Gebiet der DDR stationiert. Das eher kleine Ostdeutschland hatte

#10

IN DIESER AUSGABE:

Die Ehrung eines Mannes aus Moskau, der die Welt rettete (S. 7)

Die Erinnerungen eines Wachsoldaten an einen Kriegsverbrecher (S. 14)

Die Geschichte der verhängnisvollen Lehrjahre der deutschen Kommunisten im Hotel Lux (S. 16)



Die russische Ausgabe des Petersburger Dialogs liegt der Tageszeitung Kommersant bei.

Vorbild Moldau

In Chisinau betrieben Russland, die EU und die USA einen Machtwechsel ohne Blutvergießen. Auf die Frage der Wiedervereinigung mit Transnistrien geben der Kreml und der Westen allerdings gänzlich verschiedene Antworten

VON VLADIMIR SOLOVIEV

Moldau wird nur selten große Aufmerksamkeit zuteil. Doch kürzlich richteten Moskau, Brüssel und Washington nicht nur ihr besonderes Augenmerk auf das Land im Südosten Europas, sondern es wurde zur Bühne für gemeinsamen Aktivitäten: Vereint beseitigten sie das scheinbar unerschütterliche Regime des zwielichtigen Oligarchen Vladimir Plahotnyuk, der seit 2015 als Alleinherrscher in Moldau regiert hatte, binnen einer Woche.

Dieses Finale hat seine Vorgeschichte. Ohne sie zu betrachten kann weder die Schädlichkeit des eiligst aus dem Land geflüchteten Oligarchen noch die zerstörerische Rolle der geopolitischen Konfrontation zwischen Moskau und dem Westen im postsowjetischen Raum und insbesondere in Moldau richtig eingeschätzt werden.

Plahotnyuk hatte nicht wenig Zeit und Mühe aufgewandt, um zum Alleinherrscher aufzusteigen. In den 1990er-Jahren hatte er als Geschäftsmann mittlerer Größe begonnen, in den 2000er-Jahren drang er in den Dunstkreis des damaligen moldauischen Präsidenten Vladimir Voronin vor, der das Land bis 2009 regierte. Als Voronin und seine Partei der Kommunisten die Macht verloren, begann Vladimir Plahotnyuk als eigenständiger Akteur zu handeln. Er trat in die Demokratische Partei ein, die er später anführte.

Die Macht, die er sich aneignete, resultierte aus der Rivalität zwischen Russland und dem Westen um die Einflussnahme auf die kleine Republik. Die Demokratische Partei war Bestandteil der Allianz für die Integration in Europa, die nach den Kommunisten in Moldau an die Macht kam. Die Gründungsmitglieder dieses Bündnisses – die Demokratische, die Liberal-Demokratische und die Liberale Partei – vertraten europäische Werte lediglich in Worten.

In Wahrheit missbrauchten sie den aufrichtigen Wunsch der Hälfte der Bevölkerung nach Mitgliedschaft in der EU für ihre eigenen Interessen. Hauptziel jeder der drei Parteien war, die Kontrolle über die staatlichen Strukturen und die Geldströme zu gewinnen. Brüssel und Washington, die eine Revanche der prorussischen Kräfte befürchteten, verschlossen lange Zeit die Augen davor, wie die Führer der dreiköpfigen Allianz die europäische Integration zu Geld machten und dabei gegen Gesetze und Verfassung verstießen.

Die geopolitischen Überlegungen siegen über das Gesetz, denn auf dem Spiel stand die Unterzeichnung des Assoziationsabkommens zwischen Moldau und der EU. Deshalb musste der Verbleib der unpopulär gewordenen „proeuropäischen“ Allianz an der Macht gesichert werden.

Aus einer scharfen Auseinandersetzung unter den Verbündeten um die Geldströme ging im Herbst 2015 Plahotnyuk als Sieger hervor. Mit ihm als Anführer konnte die Fraktion der Demokratischen Partei die Zahl ihrer Parlamentssitze verdreifachen. Abgeordnete der anderen Fraktionen wechselten zu den Demokraten, weil sie gekauft oder mit ihnen vorgeworfenen kriminellen Taten und kompromittierenden Unterlagen erpresst wurden.

Mit der auf diese Weise gewonnenen Parlamentsmehrheit gelang es dem Oligarchen, seinen Hauptgegner aus dem Weg zu räumen, den ehemaligen Premier und Vorsitzenden der Liberal-Demokratischen Partei Vladimir Filat. Im Herbst 2015 wurde Filat wegen des Vorwurfs der Korruption verhaftet und später zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Im Januar 2016 briefte Plahotnyuk seine eigene Regierungsmannschaft mit einem ihm völlig ergebenen Premier an der Spitze. Ohne in irgendwelchen Wahlen gesiegt und ohne irgendwelche staatlichen Ämter bekleidet zu haben, wurde der Oligarch so zum uneingeschränkten Patron des Landes, dem die Ministerien, die Rechtsschutzorgane und sogar die Gerichte einschließlich Verfassungsgericht unterstellt waren.

Brüssel und Washington fanden sich mit dieser Situation ab. Der Oligarch konnte sie davon überzeugen, dass allein er verhindern könne, dass die populäre prorussische Partei der Sozialisten an die Macht kommt, deren Führer Igor Dodon in 2016 Präsident Moldaus geworden war.

Die zunehmenden Verarmung der Menschen führte dazu, dass immer mehr das Land in Richtung Russland und Europa verließen, aber die Demokraten und ihr um die Erhaltung der totalen Kontrolle besorgte Führer hatten mit den im Assoziationsabkommen vorgesehenen Reformen nichts im Sinn. Irgendwann war die Geduld der westlichen Partner zu Ende.

Zum ersten ernsthaften Konflikt zwischen Plahotnyuk und Brüssel kam es, als er die Spielregeln änderte, damit seine unpopuläre Partei die Macht erhalten konnte. Gegen die vom Oligarchen ignorierten Empfehlungen der EU und der sogenannten Venedig-Kommission des Europarats (Europäische Kommission für Demokratie durch Recht) wurde 2017 das Verhältniswahlssystem

durch ein Mischwahlsystem ersetzt. Als im Sommer 2018 bei den Oberbürgermeisterwahlen von Chisinau der langjährige und unversöhnliche Kritiker Plahotnyuks, Andrei Nastase, Führer der Partei „Plattform – Würde und Wahrheit“, den Sieg errang, annullierte das vom Oligarchen kontrollierte Gericht das Wahlergebnis im Handstreich. Daraufhin erhielt Plahotnyuk eine unmissverständliche Botschaft von der EU, die im November ihre Finanzhilfe einfror.

Im Februar 2018, zur Zeit der Parlamentswahlen, waren im Land nicht nur die prorussischen Sozialisten erstarkt,

Der proeuropäische ACUM-Block war zu Gesprächen mit den prorussischen Sozialisten bereit, lehnte jedoch entschieden jegliche Verhandlungen mit den Demokraten ab. Die Partei der Sozialisten und die Demokratische Partei führten Koalitionsverhandlungen, und schließlich schien ihr Bündnis unvermeidlich, wodurch Plahotnyuk seine Positionen behalten hätte.

Doch dann mischte sich Moskau ein. Der Kreml machte den Sozialisten und Präsident Dodon klar, dass eine Allianz mit einem Oligarchen, der sich mehrere antrussische Affronts geleistet hatte, nicht wünschenswert sei. Auf dessen

Veranlassung hin war 2017 der damalige Verantwortliche für die Beziehungen zu Chisinau und Vizepremier Russlands, Dmitri Rogosin, zur Persona non grata in der Republik erklärt worden.

Dodon hatte Angst, sich gegen den mächtigen Plahotnyuk zu wenden, der den Präsidenten schnell aus dem Amt entfernen und danach ins Gefängnis hätte bringen können. Verzweifelt versuchte er, Moskau zu überzeugen, dass die Allianz mit den Demokraten besser sei als das Bündnis mit ACUM. Doch der Kreml blieb hart.

Die Koalitionsverhandlungen kamen nicht voran, und es sah nach vorgezogenen Parlamentswahlen aus, was nur für die Demokratische Partei von Vorteil gewesen wäre. Doch am 3. Juni trafen in Chisinau nacheinander der Sonderbeauftragte des Präsidenten der Russi-

neue Macht an. Später folgte ihnen auch die USA. Am 14. Juni betrat der amerikanische Botschafter in Moldau, Derek Hogan, das Büro der Demokraten. Er hielt sich dort 15 Minuten auf und traf nur mit Plahotnyuk zusammen. Bald nach dem Abgang des Diplomaten erklärten die Demokraten ihre Kapitulation, und ihr Anführer Plahotnyuk verließ noch am selben Tag das Land.

Russland, die EU und die USA sorgten gemeinsam für einen Machtwechsel ohne Blutvergießen. Für eine Woche wurde Moldau von einem Gebiet der geopolitischen Rivalität zum Schauplatz der Zusammenarbeit der einflussreichen Akteure der Region, deren Interessen seit vielen Jahren erstmalig übereinstimmten: Der zwielichtige Oligarch sollte die Republik nicht länger regieren.

Die Koalition der prowestlichen ACUM mit den Sozialisten, die derzeit die Plahotnyuk-Gefolgsleute aus den staatlichen Strukturen entfernt, wird sich eine gewisse Zeit halten können. Perspektivisch dürfte dieses Bündnis jedoch keine Zukunft haben. Zu unterschiedlich sind die Aufgaben, die Russland und der Westen in Moldau verfolgen. Jede Seite möchte, dass die eigenen Anhänger an der Macht sind. Moskau kann gut mit den Sozialisten leben, die EU und die USA mit der prowestlichen ACUM. Die Rivalität ist folglich unvermeidlich.

Das gilt auch für den Transnistrien-Konflikt. Russland und der Westen erkennen zwar die territoriale Integrität Moldaus an. Das hat jedoch noch nicht dazu geführt, dass Transnistrien, das 1990 seine Unabhängigkeit erklärt hatte, wieder unter die Kontrolle Chisinaus zurückgeführt werden konnte.

Für Moskau hat dieser Konflikt mehrere Dimensionen.

Erstens: Bei einer Wiederherstellung der territorialen Integrität Moldaus wird es unweigerlich zu einer Störung des sowieso instabilen Gleichgewichts der Wählerschaft des Landes kommen. Gegenwärtig sind die Anhänger einer EU-Integration und einer Bewegung in Richtung der von Moskau gesteuerten Eurasischen Wirtschaftsunion in etwa gleich stark. Im Fall einer Wiedervereinigung werden mehrere hunderttausend prorussische Bewohner Transnistriens für längere Zeit zu einem Übergewicht der russlandloyalen politischen Kräfte in Moldau führen. Damit könnten sich die EU und die USA kaum abfinden.

Zweitens: Der Kreml möchte den Konflikt zwischen Chisinau und Tiraspol beilegen, indem Transnistrien ein Sonderstatus innerhalb Moldaus eingeräumt wird. Dieser Status sollte unter anderem ein Vetorecht des autonomen Gebiets bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen der Zentralmacht vorsehen, etwa bei der Frage eines Beitritts zur Nato oder zur EU.

Dieser Ansatz fand anfänglich im Westen durchaus Gefallen. Nachdem die Ukraine zum Epizentrum der geopolitischen Konfrontation geworden ist, hat die Transnistrienfrage besondere Bedeutung gewonnen. Ihre Lösung nach dem russischen Modell würde automatisch die Frage aufwerfen, weshalb eine derartige Vereinigung nicht auch Muster für das Donbass sein sollte.

Vladimir Soloviev ist Moldau-Korrespondent der russischen Tageszeitung Kommersant.

90



Die potenteste Frau in Chisinau: Maia Sandu

sondern es hatte sich eine Alternative zu den selbsternannten prowestlichen Demokraten in Form von zwei rechten proeuropäischen Parteien gebildet. Die Parteien „Aktion und Solidarität“ von Maia Sandu und die „Plattform – Würde und Wahrheit“ von Nastase hatten an Stärke zugelegt und weiteren Einfluss gewonnen. Brüssel und Washington betrachteten sie durchaus als potenzielle Partner.

Zu den Wahlen im Februar schlossen sie sich zu dem Block ACUM (Jetzt) zusammen und eroberten 26 Parlamentssitze. Weitere 35 Sitze entfielen auf die Sozialisten, während die Demokraten zusammen mit ihren Satelliten insgesamt 40 Mandate erringen konnten. Eine Mehrheit für die Regierungsbildung konnte keines der Lager erzielen, und so stellte sich die Frage nach einer Koalition.

Zwar ist die noch in den 1990er-Jahren formulierte Agenda erfüllt, Russland ist als Akteur der ersten Liga in die Weltarena zurückgekehrt. Das löst zwar bei der Bevölkerung Genugtuung aus, hebt jedoch die anderen Fragen nicht auf.

Anders gesagt: in den gegenseitigen Beziehungen bewegen sich Russland und die EU wie zwei Introvertierte, was eine besondere Art der Kommunikation hervorbringt, die durch Zurückhaltung und Vorsicht geprägt ist. Die Romantiker erinnern unverdrossen daran, wie viele Gemeinsamkeiten beide Seiten haben und um wie viel leichter sie es hätten, auf viele Herausforderungen zu reagieren, wenn sie ihre Anstrengungen vereinigen würden.

In der Theorie stimmt das, in der Praxis sind die Umstände anders: Erstens ist es bis zur Wiederherstellung des Vertrauens noch weit.

FORTSETZUNG VON SEITE 1
„DIALOG VON INTROVERTIERTEN“

den Wählern jedoch immer weniger vermittelt werden können.

Dort ist allerdings ein erstaunliches und seltsames Phänomen zu beobachten. Gerade in dieser Etappe der gleichzeitigen Vertiefung und Ausweitung der Integration wollte man sich immer häufiger der Stimme des Volkes zuwenden. Das hing damit zusammen, dass die Widersprüche innerhalb der Eliten und zwischen ihnen zugenommen hatten, dass die Interessen nur mit immer deutlicherem Zähneknirschen zusammengeführt werden konnten. Deshalb wurden Plebiszite nicht nur als eine Möglichkeit zur Legitimierung dieser oder jener Entscheidungen gesehen, sondern sogar als Möglichkeit zur Klärung der Beziehungen und als politisches Instrument. Das deutlichste Beispiel mit katastrophalen Folgen ist die Abstimmung über den Verbleib in der EU in Großbritannien.

Dadurch hat die Volksmeinung in den gesamteuropäischen Angelegenheiten an Gewicht gewonnen, und die Oberschichten der Gesellschaft haben anstelle der früheren Erläuterung und Aufklärung den Informations- und Pro-

pagandaknüttel hervorgeholt, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen. Daraus verstärkte sich bei den Menschen das Gefühl, ihnen solle etwas untergeschoben werden, was anderen nützt.

So wurde die Entfremdung der Oberen von der Basis auf eklatante Weise augenscheinlich. Sie findet ihren Ausdruck im berüchtigten Populismus, der übrigens zu einer Waffe nicht nur der ehemaligen Randgruppen, sondern auch des seine Selbstsicherheit einbüßenden Mainstreams geworden ist.

Mittels der „sozialen Medien“ haben wesentlich breitere Massen eine Stimme erhalten als beim früheren Mediensystem, das hinreichend effizient gesteuert werden konnte. Auf diese Weise sind die politischen Prozesse deutlich demokratischer geworden, doch die europäische Integration war darauf nicht eingestellt. Die Versuche zur Anpassung der europäischen Institute, die ihnen einen transparenteren und demokratischeren Charakter verleihen sollen, zeigen bisher eher einen gegenteiligen Effekt.

Nach den Wahlen zum Europaparlament ist es zu einer bösen Blamage

gekommen, als das System der Spitzenkandidaten der gesamteuropäischen Parteien im Papierkorb landete, während der engere Kreis des Führungspersonals die Posten auskugelte. Das hat das Problem der Entfremdung zwischen Eliten und Volk nicht gelöst, sondern eher noch verstärkt.

Dort tritt ein Schlüsselproblem offen zutage. Es geht um die Gestaltung einer neuen Balance zwischen Macht und Gesellschaft, Nationalem und Gesamteuropäischem, Werteorientiertem und Pragmatischem. Solange diese Balance nicht gefunden wird, bleiben alle anderen Fragen zweitrangig, einschließlich der Beziehungen zu Russland. Bevor dieser Prozess nicht abgeschlossen ist, bevor keine neuen Fundamente entwickelt sind, fehlen Europa Energie und Ressourcen, um sich aktiv um die adäquate Positionierung in der Welt zu bemühen.

Ein völlig anderes, jedoch nicht weniger dringendes Problem hat Russland. Die Legitimität der Macht im Sinne ihrer Fähigkeit, die Entwicklung des Staats, der Gesellschaft und jedes konkreten Individuums zu gewährleisten, wird zur entscheidenden Bedingung für Stabili-

zweitens haben Russland und die EU eigene Prioritäten. Bei Russland sind das Eurasien und die Beziehungen zu China, bei der EU die euroatlantischen Beziehungen zu den USA, die sich aber gerade selbst zuwenden.

Drittens, die Unsicherheit in Bezug auf die Architektur der Weltordnung in den nächsten Jahrzehnten zwingt alle Beteiligten zu höchster Achtsamkeit in verpflichtenden Partnerschaften. Handlungsfreiheit ist heute nötiger als je zuvor.

Und schließlich die Übergangssituation der EU: Eine Föderation ist nicht zustande gekommen, einzelne Staaten haben ihre frühere Bedeutung eingebüßt und werden zu Hindernissen. Auf Unionsebene wird die Notwendigkeit, einen Grundkonsens erzielen zu müssen, viele Komplikationen erzeugen, ebenso in den Ländern, da deren Optionen für eine eigenständige Politik gegenüber dritten Partnern beschränkt sind.

Die politischen Aussichten sind also nicht die hoffnungsvollsten. In diesen Fällen wird gewöhnlich die Notwendigkeit betont, die Rolle der Zivilgesell-

schaft zu stärken. Das ist ein Allerweltsratschlag. Doch diesmal ist er genau richtig, weil die Gesellschaften in Anbetracht der skizzierten Gründe begonnen haben, eine größere Rolle bei der Ausgestaltung der Politik zu spielen.

Wie ihre zukünftige Selbstorganisation aussehen wird, ist eine offene Frage. Es kann angenommen werden, dass die traditionellen Nichtregierungsorganisationen altern und ihre Funktionalität einbüßen werden, ebenso wie die klassischen politischen Parteien. Sie werden jedoch offenkundig von neuen Formen abgelöst werden, und in diesen Formen wird sich gerade auch die neue Qualität der Beziehungen widerspiegeln. Natürlich nur, wenn die introvertierten Politiker in ihrem Bestreben, an dem überholten Modell festzuhalten, die gesunden Triebe nicht zugrunde richten.

Fjodor Lukjanow ist Vorsitzender des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik und Chefredakteur des Fachmagazins Russia in Global Affairs.

90